



 *Gemeinde*
Besenbüren

Kinderbetreuungs- reglement

(Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung der Gemeinde Besenbüren)

Ausgabe 2018



Kinderbetreuungsreglement Gemeinde Besenbüren

Inhalt	Seite
§1 Zweck	3
§2 Definition	3
§3 Anspruchsberechtigte	4
§4 Bewilligungs- und Meldepflicht.....	5
§5 Finanzierung / Beiträge der Gemeinde	5
§6 Zuständigkeit Gemeinderat	5
§7 Härtefälle.....	6
§8 Rechtsmittel.....	6
§9 Inkrafttreten	6



Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Besenbüren beschliesst, gestützt auf § 4 Abs. 2 Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz, KiBeG) vom 12.01.2016 und § 20 Abs. 2 lit. i Gesetz über die Einwohnergemeinden (Gemeindengesetz) vom 19. Dezember 1978 (Stand 01.01.2014) und der Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (Pflegekinderverordnung, PAVO) vom 19. Oktober 1977 (Stand 01.01.2014) die nachfolgenden Bestimmungen:

§1 Zweck

- ¹ Dieses Reglement legt den Rahmen für die familienergänzende Kinderbetreuung für die Gemeinde Besenbüren fest, vorbehalten bleiben übergeordnete gesetzliche Bestimmungen.
- ² Es bezweckt die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit oder Ausbildung zu erleichtern, die gesellschaftliche, insbesondere die sprachliche Integration und die Chancengleichheit der Kinder zu verbessern.
- ³ Die Benützung des Angebots ist freiwillig. Im Vordergrund steht immer das Kindeswohl.

§2 Definition

- ¹ Als Kinder im Sinne dieses Reglements gelten Kinder bis zum Abschluss der Primarschule gemäss § 2 Abs. 1 KiBeG. Unter familienergänzender Kinderbetreuung wird die familienexterne Tagesbetreuung von Kindern im Frühbereich (bis zum Eintritt in den Kindergarten) sowie im Schulbereich (bis zum Ende der Primarschule) subsummiert.
- ² Als Einrichtungen/familienergänzende Kinder- und Tagesbetreuungsangebote dieses Reglements gelten:
 - a) Tagesfamilien im Sinne von Art. 12 PAVO, die einer durch den Gemeinderat anerkannten Tagesfamilienorganisation angeschlossen sind oder vom Gemeinderat überprüft worden sind.
 - b) Kindertagesstätten im Sinne von Art. 13 Abs. 1 lit. b PAVO.
 - c) Mittagstische und Randzeitenbetreuung für schulpflichtige Kinder.



- ³ Es erfüllen nicht den Zweck des KiBeG und dieses Reglements:
- a) Spielgruppen
 - b) Nicht institutionelle Betreuung wie Kinderhütendienste, Nannys und Babysitter. Ebenfalls nicht beitragsberechtigt ist die Betreuung durch Verwandte der Erziehungsberechtigten im ersten und zweiten Grad.
 - c) Diese Aufzählung ist nicht abschliessend.
- ⁴ Als Erziehungsberechtigte gelten die Kindsmutter und der Kindsvater oder das Eltern-
teil/die Person, dem/der das Sorgerecht zugesprochen wurde bzw. unter dessen Obhut
das Kind steht.

§3 Anspruchsberechtigte

- ¹ Anspruchsberechtigt sind nur Erziehungsberechtigte mit Wohnsitz in der Gemeinde
Besenbüren, wenn auch die Kinder den zivilrechtlichen Wohnsitz in Besenbüren haben.
- ² Voraussetzungen für die Auszahlung von Beiträgen für die familienergänzende Kinderbe-
treuung sind weiter:
- a) Erwerbstätigkeit von insgesamt mindestens 120 % beider Elternteile/der Konkubinats-
partner. Wenn die Elternteile getrennt voneinander leben, muss die Erwerbstätigkeit
des Erziehungsberechtigten mindestens 20 % betragen, wobei Betreuungszeiten und
Arbeitszeiten identisch sein müssen (Subvention nur für effektive Arbeitszeit).
 - b) Eine Erstausbildung wird einer Erwerbstätigkeit gleichgesetzt, wenn diese unmittelbar
nach der ordentlichen Schulausbildung absolviert wird.
 - c) Eine Aus- bzw. Weiterbildung wird einer Erwerbstätigkeit gleichgesetzt, wenn diese die
Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht.
 - d) Verlieren Anspruchsberechtigte ihre Arbeitsstelle oder sind vorübergehend arbeitslos,
werden die Beiträge nur bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausbezahlt. Be-
treuung, welche den Besuch von Beschäftigungsprogrammen, Vorstellungsgesprächen,
eines Zwischenverdienstes oder dgl. ermöglicht, wird gegen Nachweis unterstützt.
 - e) Haben die Anspruchsberechtigten fällige Steuerausstände, wird die Berechnung und
Auszahlung eines allfälligen Beitrages bis zur Bezahlung des Ausstandes sistiert, längs-
tens jedoch 2 Monate. Danach wird das Gesuch überprüft und bei noch offenen fälligen
Ausständen als nicht anspruchsberechtigt abgeschrieben.



§4 Bewilligungs- und Meldepflicht

- ¹ Der Meldepflicht unterstehen alle familienergänzenden Kinderbetreuungsangebote in Besenbüren, welche regelmässig gegen Entgelt Kinder analog Art. 12 Abs. 1 PAVO betreuen
- ² Der Gemeinderat Besenbüren erteilt die Betriebsbewilligung für Betreuungsangebote in Besenbüren gemäss Art. 13 Abs. 1 lit. b PAVO und führt die Aufsicht darüber.

§5 Finanzierung / Beiträge der Gemeinde

- ¹ Die Erziehungsberechtigten tragen die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung. Ihr Beitrag ist höchstens kostendeckend.
- ² Die Gemeinde Besenbüren beteiligt sich auf Gesuch der Erziehungsberechtigten unabhängig vom Betreuungsort nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten. Allfällige Beiträge von Dritten müssen der Gemeinde gemeldet werden und werden berücksichtigt. Ein freiwilliger Verzicht auf einen Beitrag/Entschädigung oder dgl. wird aufgerechnet.
- ³ Der Anspruch auf Beiträge ist grundsätzlich vor Beginn des Betreuungsverhältnisses abzuklären. Die Beiträge werden frühestens ab Datum des Gesuchseingangs bei der Gemeindeverwaltung für das in Anspruch genommene Angebot geleistet. Eine rückwirkende Übernahme von Beiträgen ist ausgeschlossen. Das Gesuch ist jährlich unter Angabe der Betreuungsinstitution zu erneuern.
- ⁴ Die Gemeindebeiträge werden aufgrund der aktuellen Einkommens- und Vermögenssituation der Anspruchsberechtigten jährlich berechnet. Einzelheiten zur Finanzierung finden sich im Elternbeitragsreglement.

§6 Zuständigkeit Gemeinderat

Der Gemeinderat regelt die Zuständigkeiten für

1. Die Entgegennahme von Meldungen und Gesuchen.
2. Die Prüfung von Bewilligungsgesuchen bewilligungspflichtiger Angebote.
3. Die regelmässige Überprüfung der Qualitätsanforderungen von Betreuungsangeboten.
4. Die Ausrichtung von gemeindlichen Beiträgen an private Institutionen.
5. Der Gemeinderat kann die Erfüllung von Aufgaben durch Vertrag an Dritte übertragen.



§7 Härtefälle

- ¹ In Härtefallsituationen kann der Gemeinderat Ausnahmen zu diesem Reglement beschliessen.
- ² Entsprechende Gesuche sind dem Gemeinderat unter Beilage der notwendigen Unterlagen schriftlich einzureichen.

§8 Rechtsmittel

Das Verfahren richtet sich nach dem Gemeindegesetz und dem Verwaltungsrechtspflegengesetz.

§9 Inkrafttreten

- ¹ Dieses Reglement wurde mit Beschluss der Einwohnergemeindeversammlung vom 24. November 2017 genehmigt. Der Beschluss ist am 3. Januar 2018 in Rechtskraft erwachsen.
- ² Dieses Reglement tritt auf Beginn des Schuljahres 2018/2019 in Kraft.

Der Gemeindeamman:

Die Gemeindeschreiberin:

sign. Mario Räber

sign. Daniela Musil